

SVR-Migrationsbarometer

Zusammenfassung: Migrationsrealismus in der Einwanderungsgesellschaft

Auch wenn es die jüngsten Debatten in Deutschland nicht vermuten lassen: In der Bevölkerung dominiert Migrationsrealismus. Im Rahmen des SVR-Migrationsbarometers wurden mehr als 2.450 Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt. Sie schätzen Migration und Migrationspolitik mehrheitlich pragmatisch-nüchtern ein, weitab von Apokalyptik („Das Boot ist voll“) oder Migrationsromantik („Unbegrenztes Niederlassungsrecht für alle“). Diese Diagnose ist das Ergebnis eines analytischen Dreischritts:

In einem ersten Schritt wird der Kenntnisstand über die aktuellen Migrationsverhältnisse in Deutschland auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft erhoben. Hier zeigt sich ein vergleichsweise hohes Informationsniveau. Die Einwanderungsgesellschaft ist über die realen Migrationsverhältnisse im Migrationsland Deutschland in seiner statistischen Mittellage zwischen Ein- und Auswanderung weitaus besser informiert, als die Politik annimmt. Von einem negativen oder ausgeglichenen Wanderungssaldo gehen zutreffenderweise 58,1 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund und 63,6 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund aus (Abb. 1). Noch wenig bekannt ist hingegen der Wandel bei den Hauptherkunftsländern: Die meisten Befragten (30 %) geben fälschlicherweise die Türkei als wichtigstes Herkunftsland an. Nur gut sechs Prozent der Befragten ist bekannt, dass Polen der Spitzenreiter ist.

In einem zweiten Schritt werden einwanderungspolitische Präferenzen von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung herausgearbeitet. So wird die Abwanderung aus Deutschland kritisch bewertet: Mehr als die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass „eindeutig zu viel“ oder „eher zu viel“ Menschen abwandern (Abb. 3). In scharfem Kontrast zu vielen holzschnittartig geführten politischen Debatten, die anscheinend nur die Optionen „mehr Zuwanderung“ oder „weniger Zuwanderung“ kennen, haben beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft darüber hinaus differenzierte Erwartungen an die künftige Migrationspolitik. Eine stärkere Zuwanderung von Hochqualifizierten wird von einer deutlichen Mehrheit von 60 Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund befürwortet. Einig sind sich Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung auch in der Ablehnung einer

weiteren Zuwanderung von Niedrigqualifizierten: Etwa 70 Prozent der Befragten wünschen sich „viel weniger“ oder „etwas weniger“ niedrig qualifizierte Zuwanderer (Abb. 5). Einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen steht hingegen die Hälfte der Befragten ohne Migrationshintergrund positiv gegenüber (Abb. 5).

In einem dritten Schritt geht es um die Bewertung der Migrationspolitik. Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft stehen der Migrationspolitik der letzten zehn Jahre weder einseitig euphorisch noch einseitig abweisend gegenüber. Sie sehen vielmehr jeweils zu einem Drittel Verbesserungen, Verschlechterungen oder gar keine Veränderungen. Das Ergebnis einer gemischten und wenig polarisierten Bewertung der Migrationspolitik seit der Jahrtausendwende bestätigt den in den ersten beiden Untersuchungsschritten erkannten Migrationsrealismus und -pragmatismus auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft.

Angesichts dieses Ergebnisses sollte sich die Politik nicht von der Vorstellung lähmen lassen, die Bevölkerung stehe einer Zuwanderung skeptisch gegenüber. Vielmehr sollte sie den Gestaltungselan, der sich seit dem Zuwanderungsgesetz zeigt, nutzen und gerade im Hochqualifiziertenbereich (s. Kap. A.7) mutig Reformen angehen.

Nachdem das Thema Zuwanderung seit einigen Jahren zunehmend unaufgeregt und pragmatisch politisch behandelt worden war, katapultierte der umstrittene Bestseller ‚Deutschland schafft sich ab‘ des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin es zurück in die Kampfbahnen der politischen Arena. Das Buch erzeugte eine publizistische und politische Diskussion über ‚Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen‘, die selten sachorientiert, teilweise hysterisch, kulturalistisch und bereichsweise latent rassistisch geführt wurde, und beschwor erneut das Schreckbild von ‚geöffneten Schleusentoren für Zuwanderung‘, das längst überwunden geglaubt war. Erleichterungen und Reformen im Bereich der Steuerung des Zuzugs hoch qualifizierter Fachkräfte, die seit langem diskutiert und von verschiedenen Seiten der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angemahnt worden waren, wurden auf Eis gelegt. Aus Angst vor zuwanderungsskeptischen ‚Wutbürgern‘ zogen sich maßgebliche politische Akteure verschreckt und teil-

weise durchaus populistisch auf den Scheingegensatz von erleichterter Zuwanderung von Fachkräften und Weiterqualifizierung einheimischer Arbeitsloser zurück, der empirisch seit langem widerlegt ist (Zimmermann/Bauer/Bonin/Fahr/Hinte 2002). Durch stereotype Wiederholung wird dieser zwar bekannter, aber nicht richtiger.

Das im November/Dezember 2010 erhobene SVR-Migrationsbarometer zeigt, dass die Bevölkerung in Deutschland in Migrationsfragen pragmatischer und langfristiger denkt, als die Politik annimmt. Für das SVR-Migrationsbarometer wurden wie schon beim SVR-Integrationsbarometer Personen mit und ohne Migrationshintergrund telefonisch befragt. Neben den im SVR-Integrationsbarometer berücksichtigten Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart und Rhein-Main wurde im SVR-Migrationsbarometer erstmals auch Berlin einbezogen. Die Gesamtstichprobe von über 2.450 Personen setzt sich zu 70,8 Prozent aus Personen mit Migrationshintergrund und zu 29,2 Prozent aus Personen ohne Migrationshintergrund zusammen. 14,1 Prozent der Gesamtstichprobe sind Spät-/Aussiedler oder deren Kinder, 13,3 Prozent haben einen türkischen Migrationshintergrund; 22,2 Prozent kommen aus Ländern der Europäischen Union oder haben mindestens einen Elternteil aus diesen Ländern. Dasselbe gilt für 11,0 Prozent aus europäischen Ländern außerhalb der Europäischen Union und für 10,2 Prozent aus lateinamerikanischen, afrikanischen oder asiatischen Ländern. Zweisprachige Interviewer boten die Befragung neben Deutsch auf Russisch oder Türkisch an. Durchgeführt wurde die Erhebung von BIK Aschpurwis + Behrens GmbH.

Das SVR-Migrationsbarometer setzt sich aus drei aufeinander aufbauenden Analyseschritten zusammen:

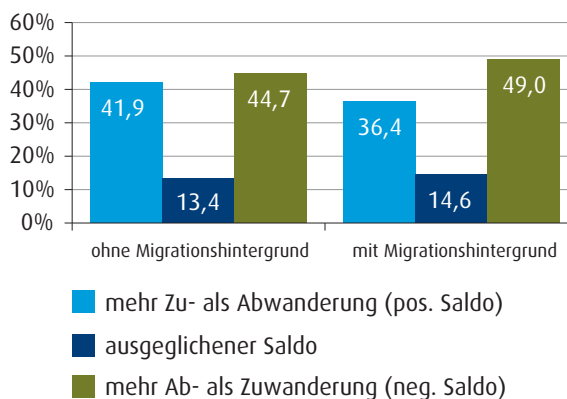
- (1) der Erhebung des einschlägigen Kenntnisstands der Befragten,
- (2) der Analyse ihrer zuwanderungspolitischen Erwartungen und
- (3) ihrer Bewertung der Migrationspolitik.

Nach dem übereinstimmenden Ergebnis dieser drei Schritte unterscheiden sich beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft in Zuwanderungsfragen deutlich von dem Bild, das offenbar weite Kreise der Politik von der Bevölkerung haben: Die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ist im Durchschnitt nicht nur besser informiert, als viele politische Akteure offenkundig vermuten. Sie hat zumeist auch dezidierte und differenzierte zuwanderungspolitische Erwartungen in Bezug darauf, welche Schwerpunkte die künftige Migrationspolitik setzen sollte. Und sie bewertet die Migrationspolitik der letzten Jahre selten extrem oder polarisiert sondern häufiger moderat. Für populistische Forderungen nach einem allgemeinen Zuwanderungsstopp aus ‚fremden Kulturkreisen‘ dürfte die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland daher weit weniger empfänglich sein als politisch vermutet.

Vom Einwanderungsland zum Migrationsland: Bevölkerung besser informiert als angenommen

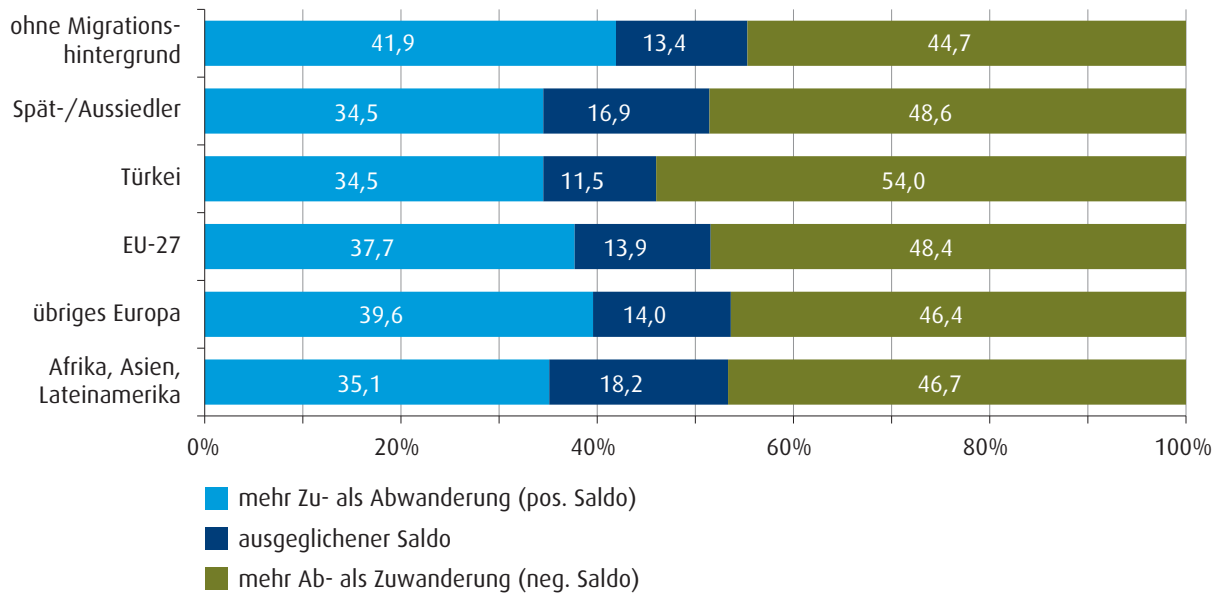
Thilo Sarrazins Buch im Spätsommer 2010 bewirkte neben einer neuen Integrationsdebatte auch eine stärkere politische und öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Zuwanderung. Ähnlich wie die publizistische Integrationsdiskussion, deren Realitätsbezug im Integrationsbarometer 2010 analysiert wurde (SVR 2010), war die Diskussion allerdings von Beginn an stark von den Zuwanderungsrealitäten abgekoppelt: Obwohl die Wanderungssalden faktisch weitgehend ausgeglichen, zuletzt sogar tendenziell negativ waren, beschwor sie eine Massenzuwanderung vor allem aus der Türkei und arabischen Ländern nach Deutschland. Dabei ist z. B. die Abwanderung aus Deutschland in die Türkei schon länger höher als die Zuwanderung von dort (s. Kap. A.1). Die Daten des SVR-Migrationsbarometers stellen aber infrage, ob die mediale Diskussion um Zuwanderung nach Deutschland, die zeitweise an Migrationsphobien heranreichte, bei der Bevölkerung großen Widerhall fand; denn die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ist mehrheitlich über die realen Migrationsverhältnisse in Deutschland bemerkenswert gut informiert. Nur gut 40 Prozent der Mehrheitsbevölkerung und ein gutes Drittel der Zuwandererbevölkerung gehen fälschlicherweise noch von einem positiven Wanderungssaldo, also von einer Nettozuwanderung nach Deutschland aus. Knapp 45 Prozent der Mehrheitsbevölkerung bzw. knapp die Hälfte der befragten Personen mit Migrationshintergrund wissen hingegen, dass in den letzten beiden Jahren mehr Menschen ab- bzw. ausgewandert als nach

Abb. 1 Schätzung des Wanderungssaldos



Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

Abb. 2 Schätzung des Wanderungssaldos nach Herkunftsgruppe



Anmerkung: „übriges Europa“ umfasst europäische Länder außerhalb der EU
 Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

Deutschland zugewandert sind und das Land mithin im statistischen Sinne – zumindest temporär – zum Ab- bzw. Auswanderungsland geworden ist (Abb. 1).

Dies gilt unabhängig von Bildungsstand, Geschlecht, Alter oder Einkommen der Befragten. Zuwanderer aus der Türkei sind dabei über die realen Migrationsverhältnisse in Deutschland besser informiert als alle anderen Zuwanderergruppen (Abb. 2).

Die im SVR-Migrationsbarometer befragten Personen kennen aber nicht nur mehrheitlich Deutschlands statistische Lage als Ab- bzw. Auswanderungsland, sie haben auch eine recht präzise Vorstellung von der Größenordnung der aktuellen Nettoabwanderung aus Deutschland. Die meisten Befragten schätzen die derzeitige Wanderungsbilanz auf -20.000 Personen und liegen damit erstaunlich nahe an dem Wert von ca. -13.000, den das Statistische Bundesamt für 2009 ermittelt hat. Allerdings überblickt die Mehrheit noch nicht den Wandel der Hauptherkunftsräume von Zuwanderern, der in den letzten Jahren stattfand. Fast ein Drittel der Befragten sieht fälschlicherweise weiterhin die Türkei als wichtigstes Herkunftsland; von dem Spitzenreiter Polen, aus dem viele temporäre Arbeitskräfte zuwandern (s. Kap. A.1 und A.8), wissen nur gut sechs Prozent der Befragten.

Beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft sehen in der zunehmenden Ab- bzw. Auswanderung aus Deutschland ein erhebliches Problem. Von denjenigen Befragten,

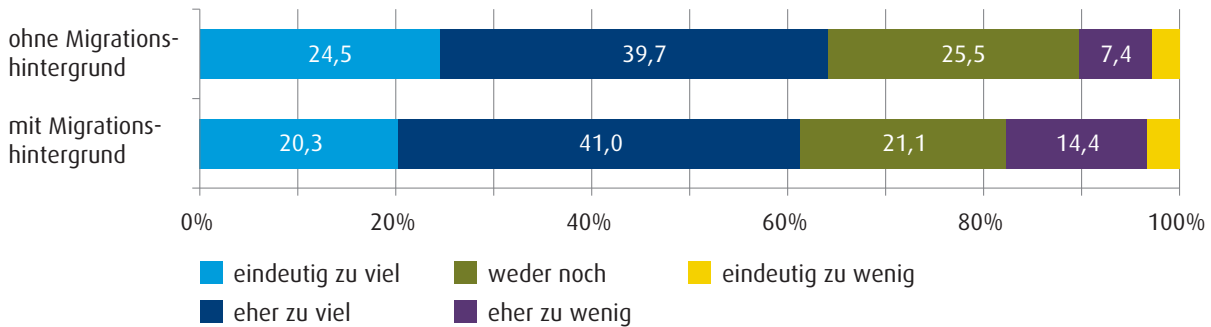
die über die derzeit negative Wanderungsbilanz zutreffend informiert sind, denken in beiden Gruppen jeweils über 60 Prozent, dass „eindeutig zu viel“ oder „eher zu viel“ Menschen abwandern (Abb. 3).

Der Bevölkerung des demografisch alternden und schrumpfenden Migrationslandes sind die negativen Folgen einer hohen Ab- bzw. Auswanderung also bewusst. Eine Mehrheit jener Befragten, die fälschlicherweise von einer positiven Wanderungsbilanz in Deutschland ausgehen, empfindet hingegen – unabhängig von einem Migrationshintergrund – die Zuwanderung als zu hoch. Menschen mit Migrationshintergrund sind in dieser Gruppe der Befragten genauso zuwanderungs-skeptisch wie die Mehrheitsbevölkerung (Abb. 4).

Eine Art ‚solidarische Sympathie‘ für mehr Zuwanderung gibt es bei Menschen mit Migrationshintergrund nicht. Bestimmend für die Einstellung zu Zuwanderung ist weniger eine vermeintliche kulturelle Nähe oder eine Art ‚Schicksalsgemeinschaft‘ durch geteilte Migrations- und Integrationserfahrungen. Entscheidend ist vielmehr der Bildungshintergrund: Die Zustimmungsraten für Zuwanderung steigen mit dem Bildungsniveau und damit in aller Regel auch mit der Soziallage; diese Faktoren überlagern den Einfluss des Migrationshintergrunds vollständig.

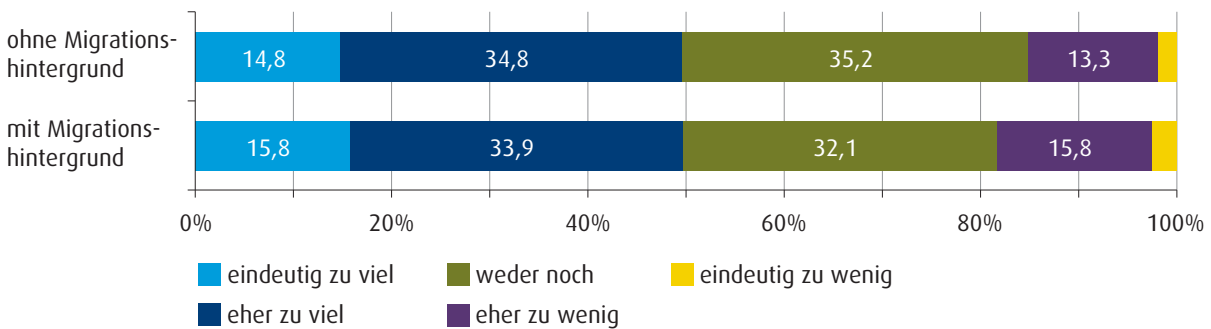
Die Zuwanderungs-skepsis der Zuwanderungsbevölkerung ist nicht verwunderlich, da diese in einfachen und niedrig qualifizierten Beschäftigungsbereichen über-

Abb. 3 Bewertung derzeitiger Abwanderung



Anmerkung: Nur Personen, die von einem negativen Wanderungssaldo ausgehen.
 Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

Abb. 4 Bewertung derzeitiger Zuwanderung



Anmerkung: Nur Personen, die von einem positiven Wanderungssaldo ausgehen.
 Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

repräsentiert ist. Nach einer neueren Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) über die Arbeitsmarktwirkungen von Migration profitieren von Zuwanderung langfristig „einheimische Arbeitskräfte“, während „die bereits hier lebenden Ausländer“ dadurch verlieren (Brücker/Jahn 2010). Vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung weiterer Zuwanderung, die Menschen mit Migrationshintergrund äußern, als rationale Angst vor weiterer Konkurrenz am Arbeitsmarkt sogar verständlich.

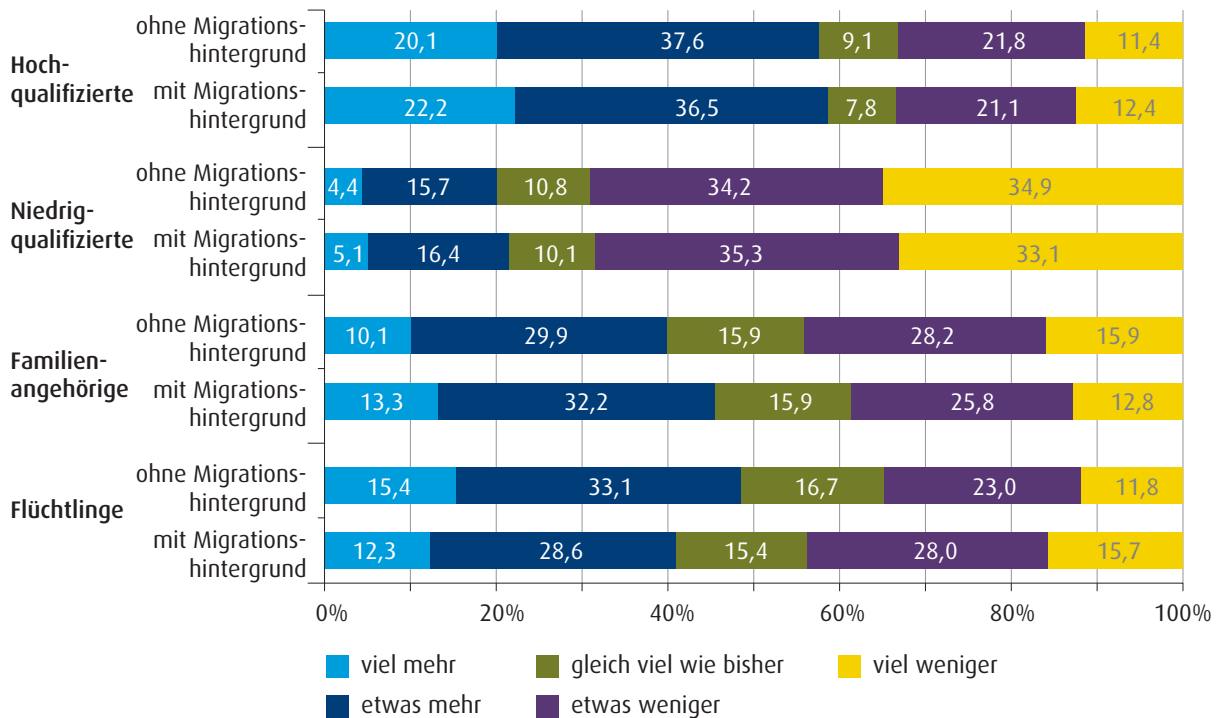
Vorfahrt für Hochqualifizierte: Erwartungen an künftige Zuwanderung

Aufbauend auf dem Kenntnisstand im Bereich Migration wurden die migrationspolitischen Präferenzen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund analysiert.

Diese sind differenziert, ganz im Kontrast zu dem im Anschluss an das Sarrazin-Buch wieder hervorgeholten Stereotyp des niedrig qualifizierten ‚Standardzuwanderers‘, der bestenfalls in wenig nachgefragten Tätigkeiten beschäftigt wird und darum in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit und Transferabhängigkeit bedroht ist (Zuwanderung in die Sozialsysteme‘). Solche Klischees ignorieren die gut dokumentierten, in den letzten Jahren stark gewachsenen Unterschiede in Migrationsbiografien, -zwecken und -motiven sowie in den ethnokulturellen Selbst- und Fremdzuschreibungen (Vertovec 2007b). Das SVR-Migrationsbarometer zeigt, dass die Bevölkerung auch genauer unterscheidet, als manche Politiker offenkundig vermuten:

Personen mit und ohne Migrationshintergrund haben insgesamt sehr präzise und differenzierte migrationspolitische Vorstellungen davon, welche Kategorien von

Abb. 5 Gewünschtes Maß unterschiedlicher Zuwanderungsarten



Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

Zuwanderung zu fördern und welche zu begrenzen sind. Zwar stehen Befragte mit hohem Bildungsniveau generell allen Zuwanderungskategorien positiver gegenüber als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau; die Zustimmungsraten zu einzelnen Formen der Zuwanderung variieren aber enorm.

Unabhängig von einem Migrationshintergrund wünscht sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung (ohne Migrationshintergrund 57,7 %, mit Migrationshintergrund 58,7 %) eine stärkere Zuwanderung von Hochqualifizierten (Abb. 5).

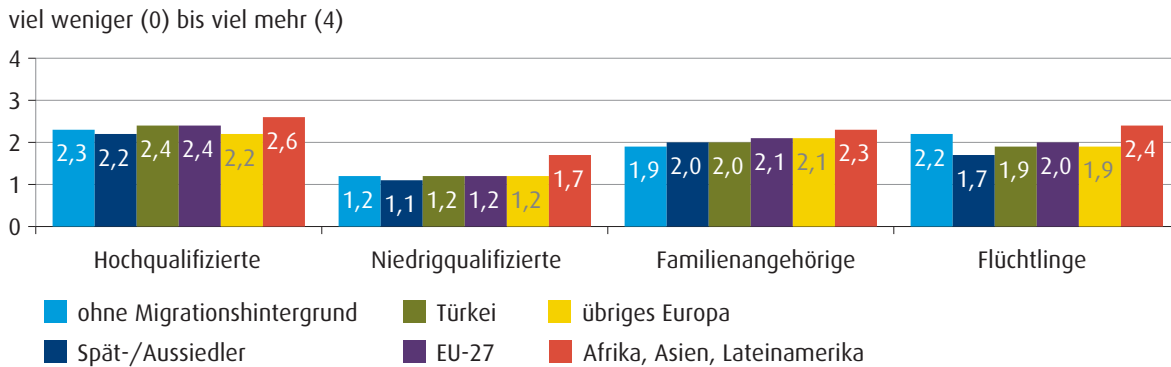
In der Politik ist es immer noch ein gängiger Reflex, eine Liberalisierung der Zuzugsregelungen für ausländische Hochqualifizierte abzulehnen mit dem Hinweis, die Weiterqualifizierung einheimischer Arbeitsloser habe unbedingten Vorrang. Dies findet in der Bevölkerung wenig Rückhalt: Lediglich ein Drittel der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund wünscht sich weniger Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Einig sind sich Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung auch in der Ablehnung einer weiteren Zuwanderung von Niedrigqualifizierten. Etwa 70 Prozent der Befragten wünschen sich „viel weniger“ oder „etwas weniger“ nie-

drig qualifizierte Zuwanderer (Abb. 5). Das ist ein überraschend hoher Wert; denn die temporäre Beschäftigung von niedrig qualifizierten Migranten funktioniert weitgehend reibungslos. Die seit langem etablierten deutschen Regelungen zur befristeten Beschäftigung von Zuwanderern für niedrig qualifizierte Tätigkeiten, die vor allem in der Landwirtschaft, in der Bauwirtschaft und im Hotel- und Gaststättengewerbe zwar nicht nominell, aber faktisch wie zirkuläre Migrationsprogramme gut funktionieren, sind anscheinend wenig bekannt (s. Kap. A.3.4).

Während in der Bewertung der Zuwanderung von Hoch- und Niedrigqualifizierten weitgehend Konsens zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund herrscht, wünschen sich Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung im Bereich der Familien- und Flüchtlingsmigration deutlich unterschiedliche Akzente: Menschen mit Migrationshintergrund votieren mehrheitlich für eine Erleichterung des Familiennachzugs. Das ist wenig verwunderlich, da mit dem EU-Richtlinienumsetzungsgesetz der Nachzug aus einzelnen Herkunftsländern erschwert wurde (s. Kap. B.2). Umgekehrt sind Befragte aus der Mehrheitsbevölkerung gegenüber einer Ausweitung der Familienmigration skeptischer (Abb. 5).

Abb. 6 Gewünschtes Maß unterschiedlicher Zuwanderungsarten nach Herkunftsgruppe



Das SVR-Migrationsbarometer belegt weiter, dass Befragte mit Migrationshintergrund nicht, wie häufig vermutet, für flüchtlingspolitische Belange besonders sensibilisiert sind, im Gegenteil: Die Zuwandererbevölkerung verlangt sogar in stärkerem Maße nach einer restriktiven Flüchtlingspolitik als die Mehrheitsbevölkerung. Zwei Fünftel aller Befragten mit Migrationshintergrund bevorzugten für die Zukunft „etwas weniger“ oder sogar „viel weniger“ Zuzug von Flüchtlingen. Für eine großzügigere Zulassung von Flüchtlingen tritt ein fast gleich großer Teil der Befragten mit Migrationshintergrund ein. Etwas anders ist das Bild bei den Befragten ohne Migrationshintergrund: Hier meint knapp die Hälfte, dass es mehr Zuwanderung von Flüchtlingen geben könne, während nur ein gutes Drittel für „etwas weniger“ oder „viel weniger“ Zuwanderung von Flüchtlingen votiert (Abb. 5).

Die Skepsis gegenüber einer Liberalisierung der Flüchtlingszuwanderung bei Befragten mit Migrationshintergrund gilt herkunftsgruppenübergreifend. Spät-/Aussiedler, Menschen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Zuwanderer aus dem europäischen Nicht-EU-Ausland und auch Personen mit türkischem Migrationshintergrund stehen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung einem Mehr an Flüchtlingszuwanderung gleichermaßen distanzierend oder gar ablehnend gegenüber. Einzig Zuwanderer aus Afrika, Asien oder Lateinamerika¹ und damit Menschen, die häufiger entweder selbst als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind oder Flüchtlinge persönlich kennen, zeigen deutlich mehr Sympathie für eine erhöhte Flüchtlingsaufnahme (Abb. 6).

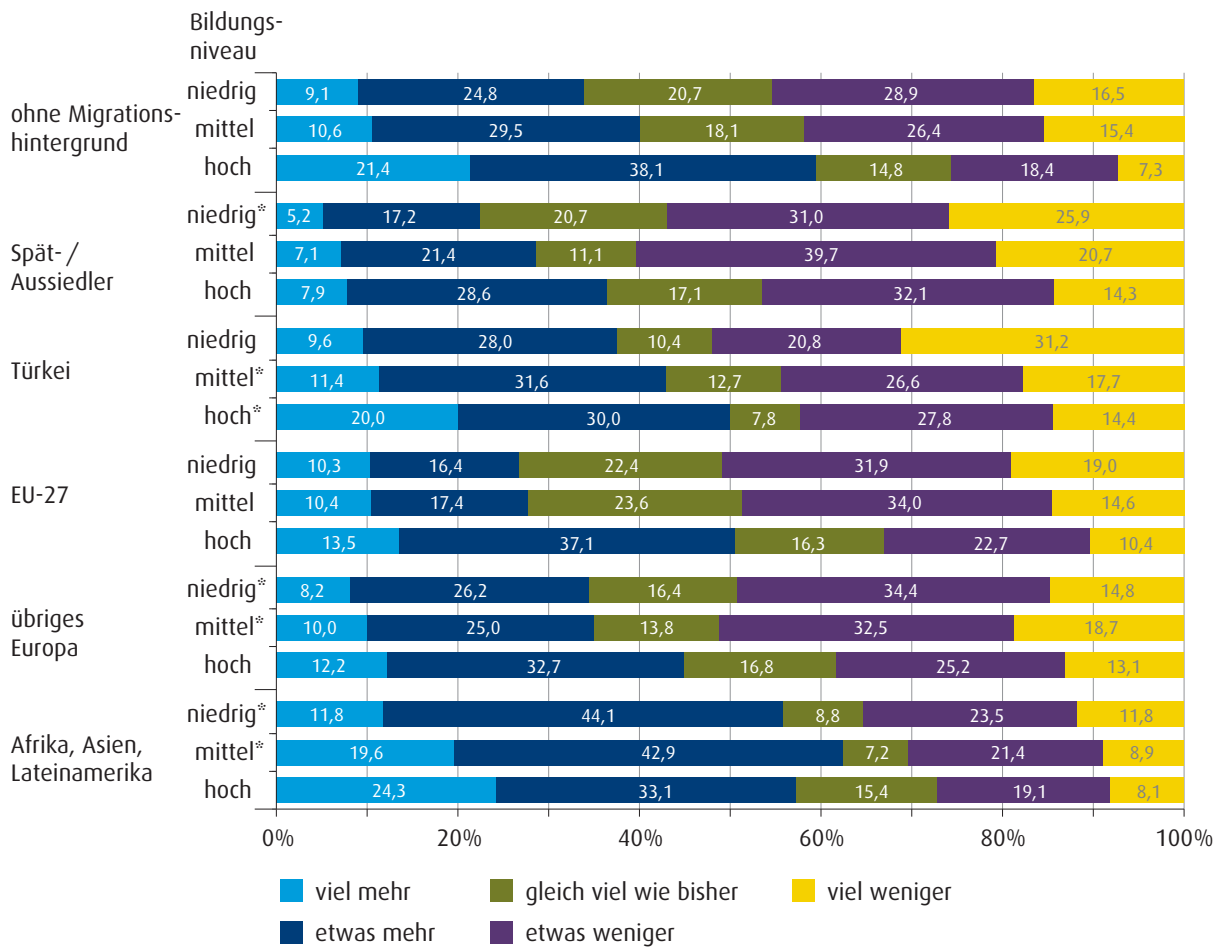
Überlagert werden die herkunftsgruppenspezifischen Meinungsunterschiede bezüglich der Flüchtlingszuwanderung erwartungsgemäß durch das Bildungsniveau der Befragten: Je höher das Bildungsniveau, umso größer die Zustimmung zu einer höheren Aufnahme von Flüchtlingen (Abb. 7).

Für den Bereich der niedrig qualifizierten Zuwanderung gilt der Zusammenhang mit der Bildung allerdings nur eingeschränkt. Hier sind sich vielmehr die Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund relativ bildungsunabhängig einig, dass eine höhere Zuwanderung von Niedrigqualifizierten nach Deutschland derzeit nicht wünschenswert ist. Die Zustimmung zu einer erleichterten Zuwanderung von Niedrigqualifizierten erhöht sich auch in den einzelnen Herkunftsgruppen mit steigendem Bildungsniveau nicht oder lediglich minimal. Unabhängig von einem Migrationshintergrund wünschen sich auch Befragte mit hohem Bildungsniveau zu jeweils deutlich mehr als 60 Prozent einen geringeren Zuzug von Niedrigqualifizierten aus dem Ausland.

Gedämpfter Optimismus: gemischte Noten für die Migrationspolitik

Aufbauend auf den ersten beiden Analyseschritten, der Überprüfung des politikfeldspezifischen Kenntnisstands und der Ermittlung der migrationspolitischen Vorstellungen und Erwartungen wurde in einem dritten Schritt analysiert, wie die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund die Migrationspolitik der letzten zehn Jahre bewertet. Zeigte sich im SVR-Integrationsbarometer 2010 noch eine unerwartet deutliche generelle Zustimmung zur Integrationspolitik der Bundesregierung (SVR 2010), so wird im Migrationsbarometer 2011 die deutsche Migrationspolitik zurückhaltender, aber auch differenzierter eingeschätzt und beurteilt. Dies ist zum Teil sicher damit zu erklären, dass integrationspolitische Initiativen wie die Deutsche Islam Konferenz oder der Nationale Integrationsplan außer ihrer hohen Symbolkraft nur geringe Auswirkungen auf den Integrationsalltag haben (SVR 2010: 41). Deshalb sind sie weitaus

Abb. 7 Gewünschtes Maß an Flüchtlingszuwanderung nach Bildungsniveau und Herkunftsgruppe



Anmerkung: Gekennzeichnete Kategorien (*) weisen Fallzahlen < 100 auf.
Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

leichter zu begrüßen als zuwanderungspolitische Reformen mit konkreter materiell-rechtlicher Wirkung wie Zuwanderungsgesetz, Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz und EU-Richtlinienumsetzungsgesetz.

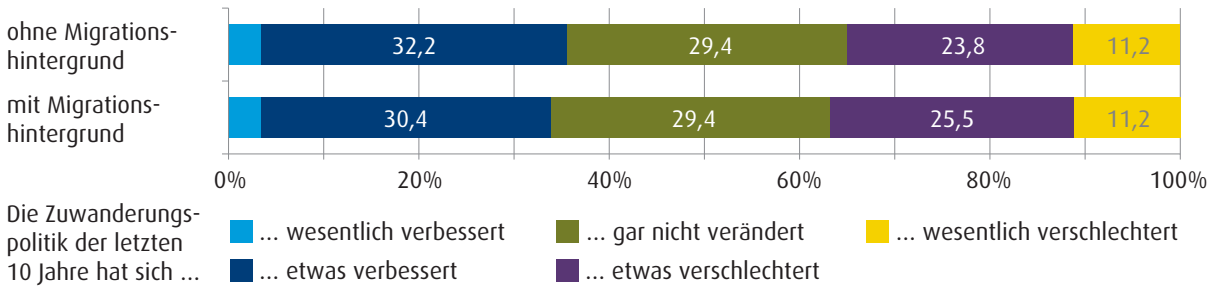
Migrationspolitisch stimmt die Einschätzung bei Befragten mit und ohne Migrationshintergrund weitgehend überein: Etwa jeweils ein Drittel sieht migrationspolitische Fortschritte, ein knappes zweites Drittel erkennt weder Verbesserungen noch Verschlechterungen und das restliche Drittel meint, die Migrationspolitik habe sich in den letzten zehn Jahren verschlechtert (Abb. 8).

Mindestens so aufschlussreich wie die dreigeteilte Bewertung der Migrationspolitik ist das weitgehende Fehlen von Extrempositionen. Ebenso wie nur wenige Befragte mit und ohne Migrationshintergrund die Migrationspolitik

der letzten Dekade uneingeschränkt befürworten, lehnt sie nur ein kleiner Teil der Befragten uneingeschränkt ab. Der Großteil der Befürworter wie der Kritiker der Migrationspolitik sieht lediglich moderate Verbesserungen bzw. Verschlechterungen (Abb. 8). Ein relativ großer Teil der Befragten schließlich stellt keinerlei Veränderung fest. Damit zeigt auch die Analyse der Politikbewertung ein wenig polarisiertes und vielmehr nüchtern-pragmatisches Meinungsbild.

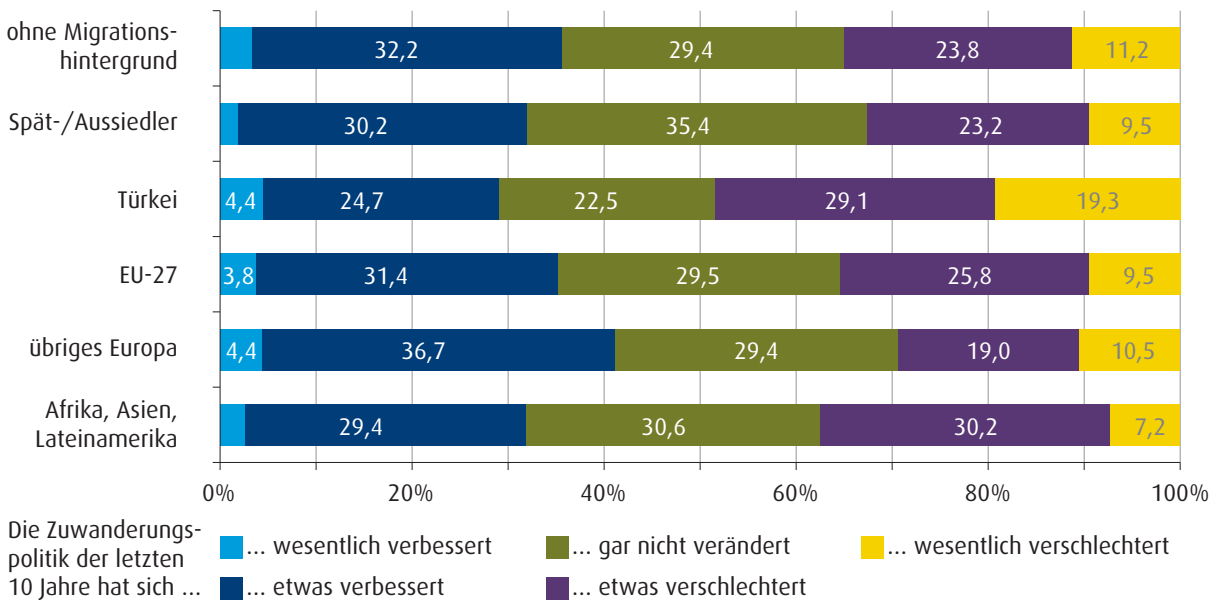
Befragte mit Migrationshintergrund tendieren dabei zu einer etwas negativeren Einschätzung der letzten Dekade. Eine herkunftsgruppenspezifische Betrachtung legt allerdings nahe, dass es sich bei diesem Ergebnis wesentlich um einen ‚Türkei-Effekt‘ handeln dürfte. Personen türkischer Herkunft heben sich in der Beurteilung

Abb. 8 Einschätzung der Zuwanderungspolitik



Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

Abb. 9 Einschätzung der Zuwanderungspolitik nach Herkunftsgruppe



Quelle: SVR-Migrationsbarometer 2011

der Migrationspolitik der letzten zehn Jahre in doppelter Hinsicht von anderen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund ab: Fast die Hälfte der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund sieht vor allem leichte, seltener auch wesentliche Verschlechterungen in der Migrationspolitik – dieser Anteil ist weitaus größer als bei Befragten ohne Migrationshintergrund, aber auch bei Befragten anderer Herkunftsgruppen. Diese Unzufriedenheit ist nachvollziehbar, da bestimmte gesetzliche Änderungen Personen türkischer Herkunft vergleichsweise häufig betreffen und daher von vielen als diskriminierend

erlebt werden. Das gilt besonders für die Reformen im Familiennachzug mit der neu eingeführten Pflicht zum Nachweis von Deutschkenntnissen im Herkunftsland als Voraussetzung für eine Zuwanderungsgenehmigung – unabhängig davon, dass diese Reformen als präventive Integrationsförderung sowie als ein Mittel zur Bekämpfung von Zwangsehen begründet wurden und dass sie integrationspolitisch auch durchaus als sinnvoll bewertet werden können (vgl. Kap. B.4.4).

Bei der Gruppe der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund hängt die Bewertung der Migrations-

politik zudem eng mit dem Zuwanderungszeitpunkt zusammen. Schon vor vielen Jahren oder gar Jahrzehnten aus der Türkei Eingewanderte sind besonders kritisch, während Neuzuwanderer der deutschen Zuwanderungspolitik deutlich bessere Noten geben. Die Gruppe der Befragten türkischer Herkunft weist allerdings nicht nur die höchste Ablehnung auf, sondern auch die größte Zustimmung zur Kategorie „wesentlich verbessert“: Eine solche Verbesserung erkennt in der letzten Dekade etwa jeder zwanzigste Befragte mit einem türkischen Migrationshintergrund. Der Anteil derjenigen, die die deutsche Migrationspolitik nachdrücklich unterstützen, ist damit unter den Befragten türkischer Herkunft höher als bei der Mehrheitsbevölkerung und bei den meisten anderen Zuwanderergruppen (Abb. 9). Darin könnten sich vor allem die deutlichen Liberalisierungen im Bereich des Hochqualifiziertenzuzugs (s. Kap. A.2.1) widerspiegeln, von denen gerade auch die türkische Elite zunehmend profitiert.

Die Einschätzungen der Zuwanderungspolitik bestätigen also das Bild eines dominanten Migrationsrealismus, das bereits die anderen Untersuchungsschritte ergeben haben. Anders als im Feld der Integrationspolitik, deren „symbolische Ausflagung“ (Bommes/Krüger-Potratz 2008: 10) in Integrationsgipfeln, -konferenzen und -plänen den im SVR-Integrationsbarometer festgestellten beidseitigen Integrationsoptimismus unterstützt und vielleicht auch erst möglich gemacht hat, bewerten Mehrheits- wie Zuwandererbevölkerung die Migrationspolitik in Deutschland bzw. ihre zahlreichen materiell-rechtlichen Reformen, die für die eigene oder familiäre Lebenssituation mitunter unmittelbar folgenreich sind, moderat nüchtern und pragmatisch.

Fazit: Bevölkerung offen für weitere Reformschritte

Wie schon in den Bereichen Integration und Integrationspolitik, die das SVR-Integrationsbarometer 2010 ausgeleuchtet hat (SVR 2010), zeigt sich auch in den vom Migrationsbarometer 2011 erfassten Bereichen Migration und Migrationspolitik eine Kluft zwischen den aufgeregt geführten publizistischen und politischen Diskursen und den pragmatisch-nüchternen Einschätzungen im Alltag der Einwanderungsgesellschaft. Politik und Teile der Me-

dien schlugen im Befragungszeitraum im Themenfeld Zuwanderung oft neue Schlachten um alte Positionen wie eine „Das Boot ist voll“-Abschottungspolitik einerseits und naive Visionen von einer schönen Welt ohne Zugangsbeschränkungen andererseits. Die Bevölkerung im Alltag der Einwanderungsgesellschaft war offenbar weiter; sie betrachtet Zuwanderung informiert, weitgehend korrekt, interessengeleitet und pragmatisch.

Personen mit wie ohne Migrationshintergrund sind über die realen Migrationsverhältnisse in Deutschland nicht nur vergleichsweise gut informiert, sie haben meist auch dezidierte und differenzierte Vorstellungen von der tatsächlichen Zuwanderung nach Deutschland und einer wünschenswerten Migrationspolitik. Vor allem im Hochqualifiziertenbereich erkennen sie Nachholbedarf und wünschen sich mit großer Mehrheit einen höheren Zuzug von Hochqualifizierten nach Deutschland. Das mag mit einer erfolgreichen und glaubwürdigen Kommunikation über den volkswirtschaftlichen Vorteil der Zuwanderung von Hochqualifizierten zusammenhängen und mit der Erwartung, dass zuwandernde Niedrigqualifizierte aufgrund ihres höheren Arbeitslosigkeitsrisikos häufiger von Sozialtransfers abhängig werden. Die größere Ablehnung der Zuwanderung Niedrigqualifizierter kann aber auch auf Konflikt- und Konkurrenzsituationen zurückzuführen sein, die die Befragten selbst im Alltag erleben. Wie auch immer – das Migrationsbarometer gibt jedenfalls in diesem Bereich eindeutig grünes Licht: Eine Zuwanderungspolitik mit deutlicher Privilegierung von Hochqualifizierten stößt in der Bevölkerung auf starke Zustimmung.

Staatliche Zuwanderungsregeln können die Attraktivität eines Landes insbesondere für die erwünschten hoch qualifizierten Zuwanderer zweifellos begrenzt beeinflussen (s. Kap. A.6). Umso mehr legt das SVR-Migrationsbarometer die Empfehlung an die Politik nahe, die immer wieder diskutierten, politisch aber bislang erst ansatzweise realisierten Erleichterungen für die Zuwanderung von Hochqualifizierten zügig umzusetzen. Das bei Blockaden einer Zuwanderungsreform gern gebrauchte Standardargument, Zugangserleichterungen für Hochqualifizierte entsprächen nicht den Wünschen der Bevölkerung, erweist sich im Spiegel der Daten des SVR-Migrationsbarometers als empirisch nicht haltbare Luftnummer – ein Grund mehr, die seit langem auf dem Tisch liegenden Konzepte zur Reform der Zugangssteuerung endlich umzusetzen.